



Niederschrift

10. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 25.08.2009
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	18:50 Uhr
Ort, Raum:	Dortustr. 37 , Potsdam, Volkshochschule "Albert Einstein"

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	Teilnahme für Herrn Wollenberg
Frau Busch, Jutta	SPD	Teilnahme ab 17:50 Uhr für Herrn Klamke
Frau Dr. Orłowski, Manja	SPD	
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	Leitung der Sitzung
Herr Gohlke, Dieter	FDP/Familienpartei	
Frau Beyer, Kerstin	Behindertenbeirat	
Herr Engels, Florian	SPD	Teilnahme bis 18:20 Uhr
Herr Hübner, Frank	Familienpartei	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE	

Nicht anwesend sind:

Herr Wollenberg, Stefan	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Klamke, Volker	SPD	entschuldigt
Herr Menzel, Andreas	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau von Halem, Marie Luise	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Benirschke, Eva	Grüne/B90	nicht anwesend
Frau Bittrich, Sabine	Migrantenbeirat	nicht anwesend
Frau Michalske-Acioglu, Anke	SPD	nicht anwesend
Herr Prinz-Schubert, Frank	Die Andere	entschuldigt
Herr Stolpe, Sven	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Weishaupt, Manuela	CDU/ANW	entschuldigt

Frau Wildgrube, Gudrun Schriftföhrein

Gäste

Dr. Magdowski, Iris Jana	Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport
Frau Ewers, Josefine	FBL Schule und Sport
Frau Dr. Voigtländer, Roswitha	FBL Öff. Weiterbildung
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Herzel, Gabriele	DIE LINKE
Herr Wapenhans, Hansjörg	KIS
Frau Frevert, Angela	Kreisschulbeirat
Herr Hildebrandt, Karl	MAZ
Frau Haase, Jana	PNN

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 23.06.2009
- 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 2.1 Schnellstmögliche Behebung von Brandschutzmängeln an Potsdamer Schulen und Kitas
Vorlage: 09/SVV/0061
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
auch Werksausschuss KIS
- 2.2 Satzung über die Erstattung von Schülerfahrkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0082
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
- 2.3 Nachhaltigkeitsbericht 2008 der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0127
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
- 2.4 Aufwertung Außengelände Humboldt-Gymnasium
Vorlage: 09/SVV/0147
Fraktion FDP/Familien-Partei
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 3.1 Information zur Karl-Foerster-Schule
- 3.2 Vorstellung des Jahresprogramms der Volkshochschule "Albert Einstein"
- 3.3 Information über den 2. Jahresbericht des Brandenburgischen Volkshochschulverbandes e. V.
- 4 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 23.06.2009**
Herr Schröder stellt fest, dass zu Beginn der Sitzung 5 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend sind. Es wird Beschlussfähigkeit festgestellt. Einladung und Tagesordnung wurden fristgemäß versandt. Auf der Tagesordnung steht unter TOP 2.1 die DS 09/SVV/0061. Herr Schröder informiert, dass Herr Schüler die DS im Finanzausschuss am 19.08.2009 zurückgezogen hat, wonach der Antrag nicht mehr im Geschäftsgang sei und nicht zu behandeln wäre. Es liege jedoch ein geänderter Antragstext von Herrn Engels vor, der den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage ausgereicht wurde. Angesichts der Brisanz

der Brandschutzthematik bittet er darum, sich zu verständigen, ob der Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion behandelt werden soll.

Herr Schüler erklärt, er habe den Antrag im Finanzausschuss mit aufschiebender Bedingung zurückgezogen. Er schlägt vor, den geänderten Antrag der SPD-Fraktion zu behandeln und ein Votum des Bildungsausschusses abzugeben, weil das Thema wichtig sei.

Herr Schröder lässt abstimmen, ob der SPD Antrag behandelt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 1

Der Antrag der SPD zur DS 09/SVV/0061 wird unter TOP 2.1 behandelt.

Die Ausschussmitglieder stimmen der öffentlichen Niederschrift und der nichtöffentlichen Niederschrift der Sitzung am 23.06.2009 in der vorliegenden Fassung zu.

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift öffentlicher Teil und der Niederschrift nichtöffentlicher Teil der Sitzung am 23.06.2009 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis: keine Gegenstimmen

zu 2
zu 2.1

**Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
Schnellstmögliche Behebung von Brandschutzmängeln an Potsdamer
Schulen und Kitas
Vorlage: 09/SVV/0061**

Gemäß Abstimmung der Ausschussmitglieder unter TOP 1 bringt **Herr Engels** den Antrag der SPD-Fraktion ein.

Brandschutz: Einschränkungen an Schulen minimieren

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam fordert die Verwaltung auf, Brandschutzmängel in den in ihrem Verantwortungsbereich liegenden Potsdamer Schulen und Kitas nach einer Prioritätenliste zu beheben. Dies soll im Interesse planerischer und finanzieller Effizienz in Abstimmung mit anderen Baumaßnahmen erfolgen, sofern dies zeitlich gegeben ist.

Der SVV ist diese Prioritätenliste mit Benennung der relevanten Mängel und untersetzt mit einer Kostenschätzung bis zur Dezembersitzung der SVV vorzulegen. Dem Werksausschuss KIS ist regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten an Maßnahmen für den Brandschutz zu berichten.

Die SVV bittet den Oberbürgermeister dafür Sorge zu tragen, dass bei der Umsetzung dieser notwendigen Brandschutzmaßnahmen an den Potsdamer Schulen mit Bedacht und in enger Kooperation mit den Schulleitungen und Schulkonferenzen vorgegangen wird. Dies sollte auch in dem derzeit bei der unteren Bauaufsicht in Arbeit befindlichen Merkblatt zum Brandschutz an Schulen berücksich-

tigt werden.

Insbesondere soll durch die zuständigen Stellen darauf geachtet werden, den Brandschutz und damit möglicherweise verbundene Baumaßnahmen so durchzuführen, dass

- die Nutzungseinschränkung / Sperrung von Schulräumen zeitlich so kurz wie irgend möglich gehalten wird,
- die Individualität (z. B. durch künstlerische Arbeiten der Schülerinnen und Schüler) der Schulräume einschließlich gemeinsamer Flächen möglichst nicht verloren geht,
- notwendige Brandschutzmaßnahmen gegenüber den an den Schulen arbeitenden Personen positiv und im gemeinsamen Dialog kommuniziert und umgesetzt werden.

Begründung:

Die Auflagen durch den Brandschutz (z. B. Sperrung Kopfräume in Typ 'Erfurt'-Gebäuden, Entfernen von Kinderzeichnungen aus Fluren) und die in diesem Zusammenhang aufgetretenen Probleme in den schulischen Abläufen sorgt bei zahlreichen Schulleitern und Schulleiterinnen für deutlichen Protest, so am 14. Mai 2009 bei der Anhörung zum Schulentwicklungsplan. Die langwierige Sperrung von Räumen sorgt in mehreren Schulen für einschneidende Engpässe bei der Durchführung des Unterrichts. Dies geht zu Lasten des Lehrpersonals und der Schülerinnen und Schüler.

Zugleich erscheint die Kommunikation zwischen Schulleitungen und Verwaltung bei dieser Thematik in Einzelfällen nicht ausreichend konstruktiv zu verlaufen. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist jedoch im gegenseitigen Interesse notwendig.

Es entsteht der Eindruck, dass bei diesem Thema in Potsdam – im Vergleich zu anderen Städten und Kreisen im Land Brandenburg – besonders restriktiv vorgegangen wird. Dies ist auch dem eigentlichen Anliegen und dem notwendigen Verständnis für Brandschutz abträglich.

Frau Dr. Magdowski fragt, ob die Ausschussmitglieder für die Beratung der Prioritätenliste im Werksausschuss politische Vorgaben machen wollen.

Herr Engels erklärt, dass dort, wo es derzeit Einschränkungen des Schulbetriebes gebe, schnell reagiert werden müsse. Das sei dem KIS bekannt und man müsse es nicht vorgeben.

Herr Schüler findet den Vorschlag richtig. Da sich beide Anträge ergänzen, sollte man dem Antrag der SPD-Fraktion ein positives Votum geben.

Herr Schröder schlägt vor, der Bildungsausschuss solle eine Empfehlung abgeben, so zu verfahren.

Frau Drohla begrüßt den eingebrachten Antrag und sieht ihn als Ergänzungsan-

trag an. Es dürfe jedoch nicht passieren, dass Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden und anschließend massive Nachbesserungen notwendig werden, wie am Leibniz-Gymnasium.

Herr Wapenhans erklärt, dass der KIS regelmäßig im Werksausschuss berichten wolle. Man habe mit der Planung begonnen. Priorität sei, die Nutzungseinschränkungen für die Schulen so gering wie möglich zu halten. Priorität habe die Verbesserung des ersten und zweiten Rettungsweges. Hinsichtlich der Individualität der Schulen gebe es Grenzen.

Herr Engels verweist darauf, dass es darum gehe, die Dinge mit Augenmaß zu tun.

Herr Schröder schlägt vor, eine Empfehlung abzugeben, im Umgang mit Brandschutz entsprechend dem SPD-Antrag zu verfahren.

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt im Umgang mit Brandschutz entsprechend zu verfahren:

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam fordert die Verwaltung auf, Brandschutzmängel in den in ihrem Verantwortungsbereich liegenden Potsdamer Schulen und Kitas nach einer Prioritätenliste zu beheben. Dies soll im Interesse planerischer und finanzieller Effizienz in Abstimmung mit anderen Baumaßnahmen erfolgen, sofern dies zeitlich gegeben ist.

Der SVV ist diese Prioritätenliste mit Benennung der relevanten Mängel und untersetzt mit einer Kostenschätzung bis zur Dezembersitzung der SVV vorzulegen. Dem Werksausschuss KIS ist regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten an Maßnahmen für den Brandschutz zu berichten.

Die SVV bittet den Oberbürgermeister dafür Sorge zu tragen, dass bei der Umsetzung dieser notwendigen Brandschutzmaßnahmen an den Potsdamer Schulen mit Bedacht und in enger Kooperation mit den Schulleitungen und Schulkonferenzen vorgegangen wird. Dies sollte auch in dem derzeit bei der unteren Bauaufsicht in Arbeit befindlichen Merkblatt zum Brandschutz an Schulen berücksichtigt werden.

Insbesondere soll durch die zuständigen Stellen darauf geachtet werden, den Brandschutz und damit möglicherweise verbundene Baumaßnahmen so durchzuführen, dass

- **die Nutzungseinschränkung / Sperrung von Schulräumen zeitlich so kurz wie irgend möglich gehalten wird,**
- **die Individualität (z. B. durch künstlerische Arbeiten der Schülerinnen und Schüler) der Schulräume einschließlich gemeinsamer Flächen möglichst nicht verloren geht,**
- **notwendige Brandschutzmaßnahmen gegenüber den an den Schulen arbeitenden Personen positiv und im gemeinsamen Dialog kommu-**

niziert und umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: 6 Stimmen dafür

Der Verfahrensvorschlag wird einstimmig angenommen.

**zu 2.2 Satzung über die Erstattung von Schülerfahrkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0082**

Herr Schüler bittet darum, den Antrag zurückzustellen. In der nächsten Stadtverordnetenversammlung stehe eine Mitteilungsvorlage zum Ergebnis des Workshops zur Finanzierung des kostenlosen Schülertransports (MV 09/SVV/0735) auf der Tagesordnung. Beide Vorlagen sollten im Zusammenhang beraten werden.

Der Antrag wird zurückgestellt.

**zu 2.3 Nachhaltigkeitsbericht 2008 der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0127**

Herr Schüler bittet um Zustimmung zum Antrag. Alle Entscheidungen, die mit Schule und Bildung im Zusammenhang stehen, sollten in einem Nachhaltigkeitsbericht dargestellt werden.

Frau Schulze und **Frau Dr. Orlowski** verweisen auf die Beschlussfassungen der Ausschüsse Gesundheit und Soziales, Finanzen und Jugendhilfeausschuss, welche den Antrag abgelehnt haben. Bauausschuss und Kulturausschuss haben geändert beschlossen.

Frau Dr. Orlowski fragt, in welchem Zusammenhang zum Antrag Bildungsbericht (09/SVV/0715), der auf der Tagesordnung der SVV 02.09.2009 steht, zu sehen sei.

Herr Schüler erklärt, dass der Bildungsbericht integraler Bestandteil des Nachhaltigkeitsberichtes sein könnte. Der Nachhaltigkeitsbericht sei weiter gefasst.

Frau Dr. Orlowski meint, dass die Berichterstellung einen großen Teil Arbeitskraft binde. Man solle sich die Frage stellen, was diese Berichte für Erkenntnisse bringen sollen.

Herr Schüler erklärt, dass die Berichte notwendig seien, um künftige Entscheidungen treffen zu können. Die Erstellung solle auf vorhandenen Daten beruhen.

Herr Schröder erläutert, dass es sich schon um nicht unerheblich aufwendige Arbeit handle. Man müsse aufpassen, dass die Verwaltung ihre Kernaufgaben erledigen könne.

Frau Schulze informiert, dass Frau Elona Müller im Jugendhilfeausschuss und im Sozialausschuss mitgeteilt habe, dass viele Berichte vorlägen aber die Zusammenführung und der Nachweis von Schlussfolgerungen sehr aufwendig seien. Die Fraktion DIE LINKE würde den Bildungsbericht befürworten, den Nachhaltigkeitsbericht jedoch nicht.

Frau Drohla erinnert daran, dass Herr Menzel über die Ende Juni stattgefundene

Nachhaltigkeitskonferenz des Landes Brandenburg berichten wollte.

Frau Dr. Magdowski verweist darauf, dass die Stadt das Ziel verfolge, keine zusätzlichen Ausgaben zu tätigen. Andere Städte schließen für solche Aufgaben einen Werksvertrag ab. Sie schlägt vor, beim Deutschen Städtetag nachzufragen, wie andere Städte mit solchen Themen umgehen (z.B. die Stadt Freiburg).

Herr Schüler sagt zu dies zu prüfen. Den Antrag werde er aber nicht zurücknehmen.

Frau Dr. Orlowski verweist darauf, dass sich der Bildungsausschuss als Fachgremium mit Bildung zu beschäftigen habe. Frau Ewers sollte zu diesem Thema einen Referenten einladen.

Frau Ewers informiert, dass sie Gespräche mit der Stadt Offenbach geführt habe. Offenbach habe einen Bildungsbericht und sei Teilnehmer im Wettbewerb Lernen vor Ort. Der Kontakt sei hergestellt, jedoch war die eigentliche Projektleiterin bisher nicht zu erreichen. Eine Einladung nach Potsdam sei vorstellbar.

Herr Schröder lässt den Antrag abstimmen.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Septembersitzung 2009 einen Nachhaltigkeitsbericht für die Landeshauptstadt Potsdam vorzulegen, der sich an den Nachhaltigkeitskriterien des Bundesamts für Statistik richtet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 6

Stimmenthaltung: 0 **Der Antrag wird abgelehnt.**

zu 2.4 **Aufwertung Außengelände Humboldt-Gymnasium**
Vorlage: 09/SVV/0147

Herr Schröder erklärt, dass dem Humboldt-Gymnasium Gelder zur Verfügung gestellt wurden und die Schule selbst über die Verwendung entscheiden konnte.

Frau Dr. Magdowski ergänzt, dass sich die Schule entschieden habe, Bänke, Pflanzkästen und Tischtennisplatten anzuschaffen.

Herr Schröder fragt, ob der Antragsteller den Antrag damit als erledigt ansehen könnte.

Herr Gohlke betrachtet den Antrag als erledigt.

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**
zu 3.1 **Information zur Karl-Foerster-Schule**

Herr Schröder verweist auf die Presse, der zu entnehmen war, dass sich Einiges zum Guten gewendet habe.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass die Baugenehmigung für die neue Grundschule im Bornstedter Feld vorliege, die Fertigstellung jedoch frühestens zum 2. Schulhalbjahr 2011/12 erfolgen werde. Aufgrund der Klassenentwicklung der

Karl-Foerster-Schule werden für die nächsten drei Schuljahre zwei zusätzliche Klassenräume benötigt. Dieses Problem sei durch die Doppelnutzung der Kita David-Gilly-Straße gelöst. Die Stadt prüfe eine Containeraufstellung auf dem stadt-eigenen Grundstück in direkter Nachbarschaft zur Kita, um einerseits einen Puffer für die Schule zu haben und andererseits den Bedarf an Kita- und Krippenplätzen zu sichern. Nach 2012/13 solle das neu zu errichtende Gebäude dann als Multifunktionsgebäude für die Kinder- und Jugendarbeit genutzt werden. Das Problem Essenversorgung sei durch den Wechsel des Caterers geregelt. Beide 1. Klassen können am Standort David-Gylly-Straße mit versorgt werden. Die Eltern haben dem Oberbürgermeister vorgetragen, dass die Lehrerversorgung an der Schule unzureichend sei. Herr Rosenau wurde durch den Fachbereich Schule und Sport gebeten, an der für etwa Ende September geplanten Schulkonferenz der Karl-Foerster-Schule zum Thema Lehrerversorgung Stellung zu nehmen und habe die Prüfung und Abstimmung von Defiziten zugesagt.

Frau Dr. Orlowski verweist auf freie Kapazität an der Regenbogenschule Fahrland. Sie möchte wissen, warum Schüler nicht dorthin umgelenkt wurden.

Herr Schröder erklärt, dass dies in der Elternversammlung erörtert wurde. Die Karl-Foerster-Schule hatte bereits allen Bewerbern zugesagt, so dass rechtlich nicht umgelenkt werden konnte.

Frau Dr. Orlowski bittet um entsprechende Berücksichtigung für das nächste Schuljahr.

Frau Ewers verweist darauf, dass auch in den beiden folgenden Jahren 5-zügig aufgenommen werden würde, da es sich um Kinder aus dem Wohngebiet und um Geschwisterkinder handele.

Dr. Steinicke meint, dass Eltern es als Zumutung empfinden könnten, ihre Kinder in einem anderen Ortsteil einzuschulen.

Frau Dr. Magdowski verweist auf die mit den Eltern geführte Diskussion. Schulkinder sollten in der Nähe des Wohnortes eingeschult werden.

Es schließt sich eine kurze Diskussion der Ausschussmitglieder an.

Herr Schröder erklärt, man solle darauf dringen, dass die Schule schnell fertiggestellt werde.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Information zur Karl-Foerster-Schule zur Kenntnis.

zu 3.2 Vorstellung des Jahresprogramms der Volkshochschule "Albert Einstein"

Frau Dr. Voigtländer informiert, dass das neue Jahresprogramm der Volkshochschule für den Zeitraum September 2009 bis August 2010 in einer Auflage von 9.000 Exemplaren erschienen sei und in Buchhandlungen, beim Bürgerservice der Stadtverwaltung sowie in der Volkshochschule ausliege. Es seien 917 Kurse mit 19.256 Unterrichtsstunden geplant. Das Jahresprogramm enthalte wieder Bekanntes und Bewährtes, aber auch viele neue Themen. Die Angebote zur Grundbildung werden aus den Vorjahren fortgesetzt. Sie macht auf einige besondere Angebote aufmerksam.

zu 3.3 Information über den 2. Jahresbericht des Brandenburgischen Volkshochschulverbandes e. V.

Frau Dr. Voigtländer erklärt, dass das Jahresbericht für interessierte Ausschussmitglieder zum Mitnehmen ausliege. Die Geschäftsstelle des BVV hat im Frühsommer des Jahres ihren 2. Jahresbericht vorgelegt und über die Grundlagen der Arbeit des Verbandes sowie die Ergebnisse der Bildungsarbeit seiner Mitglieder, der 20 Volkshochschulen im Land Brandenburg, berichtet. Im Bericht finde man statistische Informationen über die Anzahl von Kursen, Unterrichtsstunden und Teilnehmern nach Programmbereichen der Volkshochschulen im Jahr 2008, die Untergliederung der Teilnehmenden nach Geschlecht und Alter sowie Zahlen zu den Programmteilen der Programmbereiche. Darüber hinaus werden die Struktur des Landesverbandes sowie die Aufgaben der Geschäftsstelle des BVV vorgestellt. Interessant seien die vielen Good-practice-Beispiele aus einzelnen Volkshochschulen, die von Angeboten der Familienbildung, der Ausbildung zu ehrenamtlichen Seniorenbegleitern, Dimensionen kreativer, interdisziplinärer Bildungsarbeit, über Weiterbildungsangebote im Bereich Pädagogik/Erziehung, neuen Wegen in der Grundbildung (S. 23, Vhs Potsdam), Stimmen aus einem Integrationskurs der Vhs Potsdam (S. 24) bis hin zur Spremberger Schreibwerkstatt, dem Qualitätsmanagement für Museumsmitarbeiter oder dem Modellprojekt „Gesundheitskompetenzförderung für Arbeitssuchende“ reichen.

Frau Dr. Herzel fragt, ob es im Zusammenhang mit dem Netzwerk „Älter werden in Potsdam“ eine Zusammenarbeit mit der Volkshochschule gegeben habe.

Frau Dr. Voigtländer informiert, dass die Volkshochschule seit 8 bis 9 Jahren entsprechende Kurse durchführe. Anfragen betreffs des Netzwerkes habe es gegeben. Die Volkshochschule habe sich jedoch personell nicht in der Lage gesehen, sich in das Netzwerk einzubringen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Informationen zur Kenntnis.

zu 4 Sonstiges

Frau Drohla verweist auf den offenen Brief vom 01.07.2009, in dem sich Eltern der Grundschule am Priesterweg für die Rücknahme der Versetzung der Schulleiterin aussprechen. Sie fragt nach dem aktuellen Sachstand.

Frau Ewers liegt dieser Brief nicht vor. Sie wird den Sachstand beim Staatlichen Schulamt erfragen.

Ergänzung:

Die Nachfrage ergab, dass die Schulleiterin auf jeden Fall im kommenden Schuljahr noch zur Verfügung steht.

Michael Schröder
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube
Ausschussbetreuerin